

EDITORIAL

Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise

Als Konsequenz der globalen Finanzmarktkrise, aber auch der bislang überdeckten strukturellen Fehlentwicklungen, hat nun die weltweite Wirtschaftskrise mit großer Kraft durchgeschlagen. Für Deutschland ist die Entwicklung dieser Krise nicht mit früheren vergleichbar. Es herrscht eine große Unsicherheit über ihren konjunkturellen Fortgang. Der aktuelle Leitartikel präsentiert Ihnen eine wissenschaftliche Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, die das HWWI für Deutschland für die Jahre 2009 und 2010 erstellt hat.

Die sich überstürzenden Ereignisse an den Finanzmärkten wird das HWWI zusammen mit dem Finanzplatz Hamburg e.V. im Rahmen einer Konferenz analysieren. Wir werden einen Ausblick auf Trends der Kapitalmärkte werfen sowie die zukünftige Rolle von Finanzplätzen mit hochkarätigen Referenten und den Konferenzteilnehmern diskutieren. Die Konferenz „Kapitalmärkte im Umbruch“ findet am 14. und 15. April 2009 in der Handelskammer Hamburg statt. Das genaue Konferenzprogramm und ein Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter www.hwwi.org. EL

IN DIESER AUSGABE

Kein rascher Wirtschaftsaufschwung
in Deutschland Seite 1/2

Impulse für die Stadtentwicklung
durch Musik Seite 3

Familienpolitik: Was kann Deutschland
von anderen Ländern lernen? Seite 4

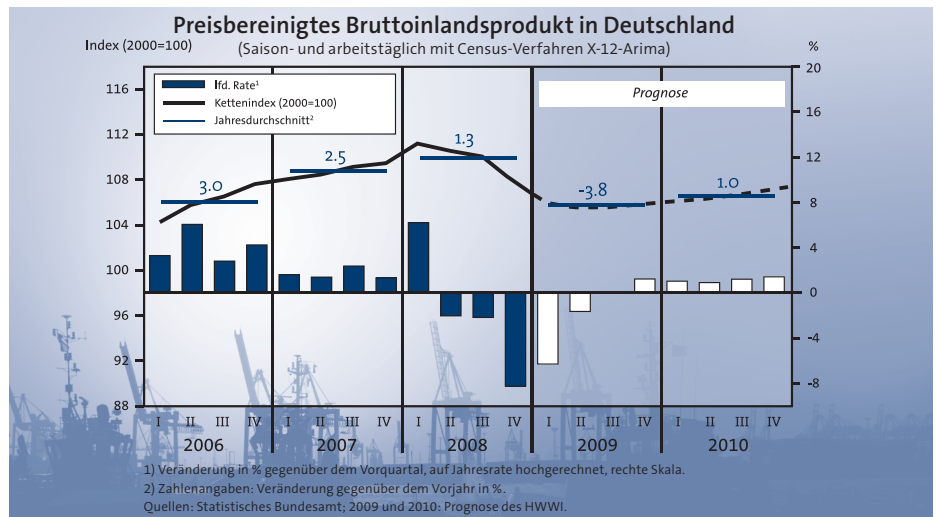
KONJUNKTUR

Kein rascher Wirtschaftsaufschwung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit nahezu einem Jahr auf Talfahrt. Seit Herbst 2008 hat sich der Abschwung in einem Maße verschärft, das über eine zyklische Rezession deutlich hinausgeht. Das HWWI rechnet nun mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) für dieses Jahr um 3,8 Prozent. Von Jörg Hinze

Der Einbruch bei Öl- und anderen Rohstoffpreisen im Gefolge der sich global ausbreitenden Krise hat den Preisauftrieb gedämpft – zuletzt betrug die Inflationsrate hierzulande 1 Prozent – und Deflationsbefürchtungen aufkommen lassen. Mittlerweile ist auch auf dem Arbeitsmarkt die Wende eingetreten, was sich in dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen und mehr noch in der steilen Zunahme der – geförderten – Kurzarbeit widerspiegelt; im Februar wurden 700 000 Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet. Die Wirtschaftsschwäche betrifft nahezu alle Bereiche, besonders aber den Export. Nachdem dieser schon durch die Euro-Aufwertung bis zum Sommer letzten Jahres gedrückt worden war, schlägt nun mehr und mehr die Weltwirtschaftskrise durch.

In deren Folge sind die Auslandsaufträge binnen eines Jahres um mehr als ein Drittel gesunken. Zwar sind mit nachlassender Gesamtnachfrage auch die Importe gesunken, aber weit weniger stark; der Außenbeitrag hat sich somit kräftig verringert. Bei der Binnennachfrage hat vor allem die der Unternehmen nach Investitionsgütern deutlich nachgegeben. Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Winterhalbjahr kräftig gesunken; im Maschinenbau lag der Auftragsrückgang zuletzt 40 Prozent unter Vorjahrsniveau. Die Bauinvestitionen gingen insgesamt nur geringfügig zurück, wobei allerdings der öffentliche Bau Rückgänge im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau kompensierte. Der private Konsum blieb bislang insgesamt relativ robust



und ging nur wenig zurück, wobei zuletzt aber auch die Autokäufe durch die Abwrackprämie gestützt wurden.

Da die Entwicklung dieser Krise nicht mit früheren vergleichbar ist, besteht große Unsicherheit über ihren Fortgang. Inzwischen haben die meisten Länder geld- und fiskalpolitische Maßnahmen ergriffen, um der Krise entgegen zu steuern. In Deutschland hat die Regierung ein zweites Konjunkturpaket aufgelegt, das sich für dieses und nächstes Jahr auf 50 Milliarden Euro beläuft. Zusammen mit dem im November aufgelegten Konjunkturprogramm sowie den zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Entlastungen wird die deutsche Wirtschaft 2009/2010 von dieser Seite mit rund 80 Milliarden Euro gestützt. Überdies wird sie durch den Preiseinbruch bei Öl und anderen Rohstoffen in diesem Jahr um rund 30 Milliarden Euro entlastet. Die Konjunktur erhält damit erhebliche Impulse, die dem Abwärtstrend entgegen wirken und die Wirtschaft allmählich stabilisieren sollten.

Für die Entwicklung in nächster Zeit wird von Bedeutung sein, inwieweit die Unternehmen die Unterauslastung statt durch Entlassungen durch Kurzarbeit zu überbrücken versuchen. Letzteres würde die Einkommen und damit den Konsum einiger-

maßen stabil halten. Das setzt aber voraus, dass die Stützungsmaßnahmen zur Konjunktur sowohl in Deutschland als auch in den anderen wichtigen Ländern zu greifen beginnen. Sollte die Talfahrt jedoch noch drastischer als erwartet auf den Arbeitsmarkt durchschlagen, bestünde die Gefahr einer Abwärtsspirale von Beschäftigung, Einkommen und Konsumnachfrage.

Aber auch im ersten Fall werden in den kommenden Monaten die rezessiven Einflüsse überwiegen. Der Einbruch der Auslandsnachfrage wird die Exporte weiter spürbar dämpfen. Die Unternehmen werden angesichts der verschlechterten Absatz- und Ertragslage sowie der gedrückten Auslastung, aber auch wegen schwierigerer Finanzierungsbedingungen, ihre Investitionen reduzieren. Der private Konsum wird aufgrund vorsichtigeren Ausgabeverhaltens schwach bleiben. Lediglich der Staat wird Konsum und Investitionen ausweiten, wozu die Konjunkturmaßnahmen beitragen.

Im späteren Jahresverlauf sollten dann die Konjunkturprogramme und die Entlastung durch die nachlassende Teuerung mehr und mehr Wirkung entfalten. Davon wird die Binnennachfrage und hier besonders die Bauwirtschaft profitieren. Auch sollten dann die Abwertung des Euro sowie die er-

hoffte Stabilisierung der Weltwirtschaft den Rückgang der Exporte stoppen. Steigende Reallöhne und Transferleistungen sowie ab der Jahresmitte stärker zunehmenden Renten sollten trotz rückläufiger Beschäftigung die Kaufkraft und den privaten Verbrauch stützen.

Bei der beschriebenen weiteren Talfahrt der Wirtschaft bis etwa zur Jahresmitte und einer Stabilisierung im späteren Verlauf wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2009 um knapp 4 Prozent niedriger als 2008 sein. Die Beschäftigung wird merklich sinken; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresverlauf um etwa eine Dreiviertelmillion zunehmen. Der Preisauftrieb wird angesichts schwacher Nachfrage trotz deutlich steigender Lohnstückkosten gering bleiben; um die Jahresmitte herum wird die Inflationsrate wegen des „Basiseffekts“ aufgrund der zur gleichen Vorjahreszeit extrem gestiegenen Energiepreise im Minus-Bereich liegen.

Die konjunkturellen Unwägbarkeiten bleiben immens, es überwiegen weiterhin die Abwärtsrisiken. Der bisherige Verlauf der Krise hat gezeigt, dass immer wieder neue Schocks nicht auszuschließen sind. Weitere „Nachbeben“ im Finanzsektor würden auch die Realwirtschaft weiter nach unten ziehen. Auch ist eine Lösung der Probleme in anderen Bereichen wie in der Automobilindustrie bislang nicht absehbar. Würde sie nicht durch konjunkturelle Maßnahmen gestützt, würde eine weitere Ausweitung der Krise und möglicherweise ein Abrutschen in die Depression drohen. Die Stabilisierung der Wirtschaft würde sich dann nach 2010 hinauszögern.

Aber auch bei einer Stabilisierung noch in diesem Jahr ist im Anschluss ein rascher Aufschwung der Konjunktur nicht zu erwarten. Ein Teil der Konjunkturstützungsmaßnahmen tritt zwar noch im kommenden Jahr in Kraft und gibt dann weitere Impulse. Die Unternehmen hierzulande werden aber die Beschäftigung weiter an das gesunkene Produktionsniveau anpassen, was die Erholung von Einkommen und privatem Verbrauch dämpft.

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,0	2,5	1,3	-3,8	1,0
Private Konsumausgaben	1,0	-0,4	-0,1	-0,5	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,6	2,2	2,0	1,6	1,5
Anlageinvestitionen	7,7	4,3	4,4	-5,7	0,5
Ausrüstungen	11,1	6,9	5,9	-10,0	0,0
Bauten	5,0	1,7	3,0	-2,2	0,8
Sonstige Anlagen	8,0	8,0	6,6	-0,5	1,9
Inlandsnachfrage	2,1	1,1	1,7	-1,2	0,6
Ausfuhr	12,7	7,5	2,7	-11,5	4,0
Einfuhr	11,9	5,0	4,0	-6,5	3,4
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	0,6	1,7	1,4	-1,2	-1,2
Arbeitslose (Mill. Personen)	4,49	3,78	3,27	3,62	4,04
Arbeitslosenquote ² (in %)	10,3	8,7	7,5	8,3	9,3
Verbraucherpreise (in %)	1,6	2,3	2,6	0,3	1,0
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-1,5	-0,2	-0,1	-3,0	-4,0
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	6,1	7,5	6,5	4,7	5,1

¹ Preisbereinigt. – ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2009 und 2010: Prognose des HWWI.

Impulse für die Stadtentwicklung durch Musik

Die Entwicklungsperspektiven von Städten werden zunehmend von der Kreativwirtschaft beeinflusst, zu der die Kulturwirtschaft einen wichtigen Beitrag leistet. Auch für Hamburg ist Kultur ein wichtiger Bereich der Stadtentwicklung, der die Lebensbedingungen in der Hansestadt sowie ihre Wettbewerbsposition um qualifizierte Arbeitskräfte und Bewohner positiv beeinflusst. Gleichzeitig kann Hamburg von einer florierenden Musikwirtschaft direkt ökonomisch profitieren. Die Bedeutung der Musik für Hamburg analysiert die Haspa Musikstudie, welche das HWWI in Kooperation mit der Hamburger Sparkasse erstellt hat. *Von Silvia Stiller*

Weltweit zeichnen sich attraktive Städte durch ein vielseitiges kulturelles Umfeld aus, zu welchem die Musiklandschaft einen wichtigen Beitrag leistet. Dieser Aspekt findet zunehmend Eingang in innovative Stadtentwicklungskonzepte, die auf die gezielte Stärkung der Musikwirtschaft setzen, weil Musik und Kultur ökonomische Zukunftsbereiche sind. Städte mit sehr unterschiedlichen Strukturen und Standortbedingungen haben in der jüngeren Vergangenheit ihre Entwicklung zu Musikstandorten gezielt und erfolgreich gefördert. Beispiele hierfür sind Berlin, Luxemburg, Liverpool, Mannheim und Oslo.

Auch für Hamburg, als eine vom wissensbasierten Strukturwandel zunehmend beeinflusste Stadt, ist eine hohe Lebensqualität – die auch von der Musiklandschaft und ihrem Erleben geprägt wird – ein wichtiger Bereich der Stadtentwicklung. Eine entsprechende Ausrichtung steht sowohl auf der Agenda der Hamburger Politik als auch zunehmend im Fokus von privaten Initiativen in der Hansestadt. Diese Strategien sind positiv zu bewerten, denn Hamburg bietet aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur und Standortbedingungen zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Entwicklung der Kreativwirtschaft und des Kultursektors. Die Effekte der Musikszene auf die Lebensqualität und das Stadtimage Hamburgs tragen ihrerseits zur Steigerung der Attraktivität Hamburgs für hoch qualifizierte, mobile Arbeitskräfte, Unternehmen und Kulturtouristen bei, was wiederum positive Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung hat.

Bei der Bewertung der Standortbedingungen für die Musikwirtschaft ist zu berücksichtigen, dass diese eine sehr facettenreiche Branche ist, deren Einzelmärkte

– Konzerte und Komposition, Musikinstrumente, Musikverlage und Musiktechnik – differenzierte Entwicklungspotenziale aufweisen. Im Jahr 2007 waren in Hamburg in diesen Wirtschaftszweigen insgesamt 4 198 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, während es in Berlin 6 170, in München 4 150 und in Stuttgart 2 123 Personen waren.

Hamburg weist im deutschlandweiten Vergleich eine überproportionale Spezialisierung im Bereich der Musikwirtschaft auf und kann 4,7 Prozent aller in Deutschland in diesem Wirtschaftszweig Beschäftigten auf sich verbuchen. Die Stärke Hamburgs als Musikstandort verdeutlicht zudem die Anzahl der selbstständigen Kulturschaffenden im Musikbereich, weil diese einen wichtigen Bestandteil des kreativen Potenzials darstellen. Im Jahr 2007 gab es in der Statistik der Künstlersozialkasse in Hamburg 2 240 selbstständige Kulturschaffende im Musikbereich, womit Hamburg eine sehr gute Position in Deutschland einnimmt.

Die Haspa Musikstudie zeigt, dass Hamburg sehr günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der Musikwirtschaft aufweist, was nicht nur auf das – gemessen an den Beschäftigungszahlen und der Zahl der Künstler in der Stadt – bestehende „Musikcluster“ zurückzuführen ist. Auch die zahlreichen Veranstaltungsorte für Konzerte und Festivals sowie die facettenreiche Ausbildungslandschaft für Tätigkeiten in der Musikwirtschaft leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Dennoch gilt es, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Musik in Hamburg weiter zu stärken, insbesondere weil Musik und ihre ökonomischen Potenziale sich aufgrund von

Innovationen und sich verändernden Wünschen der Musikkonsumenten permanent im Wandel befinden.

Der Ausbau der branchenspezifischen Infrastruktur und die gezielte finanzielle Förderung von Musikern sind wichtige Ansätze zur Förderung der Entwicklung der Musikwirtschaft in Hamburg. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass im Zuge der zunehmenden Orientierung von Städten auf die Kreativwirtschaft und der weiterhin wachsenden Bedeutung von (hoch) qualifizierten Menschen der Forschungs- und Bildungsbereich ein zentraler Faktor der Stadtentwicklung ist. Soweit sich die zahlreichen Musikhochschulen und -akademien in Hamburg mit attraktiven Angeboten deutschland- und weltweit positionieren können, tragen sie dazu bei, dass sich in Hamburg mit talentierten Musikern sowie ausgebildeten Fachkräften für die Musikwirtschaft eine lebendige und qualifizierte Musikszene weiter etablieren kann. Hiervon kann auch die nationale und internationale Anziehungskraft einer „Musikstadt Hamburg“ generell profitieren. Zudem hat Musik zahlreiche gesellschaftliche Funktionen, unter anderem aufgrund der günstigen Einflussnahme auf das Bildungsniveau und die gesellschaftliche Integration, welche positiv für die weitere Entwicklung Hamburgs zu einer internationalen Stadtgesellschaft genutzt werden können.

STUDIE

S. Stiller et al. (2009): Der Takt der Zukunft – Hamburg setzt auf Musik, Haspa-Musikstudie. Download unter: <http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/haspa-musikstudie.pdf>.

Familienpolitik: Was kann Deutschland von anderen Ländern lernen?

In den ersten eindreiviertel Jahren nach der Einführung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) im Jahr 2007 wurden in Deutschland mehr Kinder geboren. Diese Tatsache wurde als familienpolitischer Erfolg gefeiert. Um das Potenzial des neuen Gesetzes abzuschätzen, lohnt sich der Blick in andere westeuropäische Länder. *Von Nora Reich*

Das Inkrafttreten des BEEG am 1. Januar 2007 bedeutete einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Während zuvor das Familienmodell mit dem Mann als Hauptnährer und der Frau als Hausfrau oder Zuverdienerin begünstigt wurde, soll nun die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile gefördert werden. Sie können insgesamt 14 Monate Elternzeit unter einander aufteilen, wenn sich jeder für mindestens zwei Monate „verpflichtet“. Die Höhe des Elterngeldes beträgt in der Regel 67 Prozent des Nettoeinkommens vor der Geburt. Ein zentrales Ziel des BEEG ist die Stabilisierung der Gesamtfertilitätsrate, die in (West-)Deutschland seit den 1970er Jahren zwischen 1,3 und 1,5 Kindern pro Frau liegt. Tatsächlich ist diese nach der Gesetzesänderung von 1,33 im Jahr 2006 auf 1,37 im Jahr 2007 gestiegen. Im Jahr 2008 wird diese Zahl möglicherweise nicht an den Vorjahreswert heranreichen, da im letzten Quartal 2008 ein starker Rückgang der Geburtenzahl eintrat.

Daher stellt sich die Frage, ob das BEEG die Geburtenzahl dauerhaft erhöhen kann, oder ob es nur einen temporären Effekt auf die Fertilitätsstruktur hat. Hinweise darauf geben familienpolitische Modelle aus dem Ausland. In Westeuropa hat sich der langjährige negative Zusammenhang zwischen der Frauenerwerbsquote und der Gesamtfertilitätsrate seit den 1990er Jahren umgekehrt. Länder mit einer vergleichsweise hohen Frauenerwerbsquote, wie etwa die skandinavischen Länder und Frankreich, weisen auch eine relativ hohe Geburtenrate auf. Dagegen befinden sich beide Parameter in südeuropäischen Ländern wie Italien, Griechenland und Spanien auf einem niedrigeren Niveau. Deutschland liegt

bezüglich der Frauenerwerbsquote etwa im Mittelfeld (2006: 62,2 Prozent), gehört aber hinsichtlich der Gesamtfertilitätsrate zu den Schlusslichtern (2006: 1,33).

Mikroökonomische Modelle zeigen, dass familienpolitische Maßnahmen zu dieser Trendumkehr beigetragen haben können.

Denn nach der ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung geht die Entscheidung einer Frau für die Berufstätigkeit nur dann mit einer niedrigen Fertilität einher, wenn die Geburt zu wesentlichen Einkommens- und Humankapitalverlusten führt. Sind diese Opportunitätskosten aber durch Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gering, steigt die „Nachfrage nach Kindern“. Zentrale Instrumente dafür sind eine kurze Elternzeit, ein Elterngeld, dessen Differenz zum Nettoeinkommen vor der Geburt gering ist, das Angebot an Kindertagesstätten sowie Anreize für Väter, sich stärker bei der Erziehungsarbeit zu beteiligen.

In Skandinavien wurde diesen Faktoren bereits seit den 1980er Jahren Rechnung getragen. Dadurch wurde nicht nur das politisch anvisierte Ziel erreicht, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen. Ein positiver Nebeneffekt war die Stabilisierung der Geburtenrate auf einem relativ hohen Niveau zwischen durchschnittlich 1,7 und 1,9 Kindern pro Frau. Auch in Frankreich besteht ein in quantitativer und qualitativer Hinsicht sehr gutes Angebot an Kinderbetreu-

ungsstätten. Zudem wird durch gezielte monetäre Anreize eine kurze Erwerbspause nach der Geburt gefördert und die Familienerweiterung auf drei oder mehr Kinder erleichtert.

In Südeuropa hingegen ist die Familiengründung für eine Frau durch sparsame Elterngeldleistungen, unzureichende Kinderbetreuungsplätze, kurze Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen sowie das geringe väterliche Engagement mit hohen Opportunitätskosten verbunden. Hinzu kommen ungünstige Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise die hohe Anzahl befristeter Arbeitsverträge, welche sich negativ auf die Familiengründung auswirken. So wird weder die gewünschte Kinderzahl noch die erstrebte Erwerbsbeteiligung erreicht.

Das BEEG stellt insgesamt einen institutionellen Schritt in Richtung des skandinavischen Modells der Familienpolitik dar, senkt tendenziell die Opportunitätskosten der Familiengründung und folgt dem gesellschaftlichen Gleichstellungsanspruch hinsichtlich der Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Bei optimistischer Betrachtung ist dadurch ein Anstieg der Geburtenzahl, vor allem bei Akademikerinnen, zu erwarten. Aus den Länderbeispielen lassen sich weitere Einflussfaktoren auf die Fertilität identifizieren, darunter Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Besteuerung von Paaren, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Erwartungshaltung diesbezüglich sowie die Arbeitsmarktbedingungen speziell für Frauen. Um die Gesamtfertilitätsrate in Deutschland langfristig zu erhöhen, bedarf es folglich eines Zusammenspiels von Familien-, Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik.

HWWI POLICY PAPER

Reich, N. (2008): Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur, HWWI Policy Paper, 1-10.